

POSTULAT von Willy Germann (CVP, Winterthur)

betreffend Beiträge an Kulturinstitute

Der Regierungsrat wird gebeten, in Anlehnung an das Kulturförderungsleitbild die mittel- und längerfristigen Perspektiven der Kulturfinanzierung aufzuzeigen.

Der Bericht soll unter anderem auf folgende Punkte eingehen:

- Perspektiven des Lotteriefonds angesichts des zu erwartenden Einnahmerrückgangs, Konsequenzen für die künftige Beitragspolitik;
- Möglichkeiten der Kulturförderung über das Kulturförderungsgesetz und den vertikalen Finanzausgleich, Qualitätssicherung bei Kulturinstituten in Finanzausgleichsgemeinden;
- Künftige Beitragspolitik gemäss § 33a Finanzausgleichsgesetz, insbesondere für Institute, die bereits über den Lastenausgleich subventioniert werden;
- Vorgezogener Lastenausgleich für zentralörtliche Kulturleistungen für weitere Städte neben Zürich;
- Regionaler Ausgleich im Kulturwesen zwischen Zürich und dem übrigen Teil des Kantons sowohl bei Investitionen und Subventionen;
- Kompensation der zusätzlichen Kosten wegen des neuen Arbeitsrechtes und der Mehrwertsteuer bei Sponsorengeldern.

44/2003

Willy Germann

Begründung:

Die Steuersenkung, der zu erwartende Einnahmerrückgang beim Lotteriefonds wegen der Konkurrenzlotterie der Hilfswerke sowie der Zwang zum mittelfristigen Finanzausgleich bewirken, dass die Mittel knapp werden, um eine ausreichende Kulturförderung zu betreiben - eine Kulturförderung, die die Standortgunst des Wirtschaftsraums Zürich im Bereich Kultur zu wahren vermag.

Andererseits werden an den Kanton neue Kulturaufgaben herangetragen (z.B. Filmförderung), die gemäss Regierungsrat vermehrt über den horizontalen Finanzausgleich oder den Lotteriefonds erfüllt werden sollen.

Dadurch wird ohne Zweifel ein Verteilungskampf ausgelöst, allenfalls zu Lasten bestehender Kulturinstitute ausserhalb der Stadt Zürich oder zu Lasten des freien Kulturschaffens.

Das Kulturleitbild des Kantons bietet eine ausgezeichnete Grundlage für die künftige Kulturpolitik des Kantons. Allerdings schweigt es sich - aus verständlichen Gründen - über die entsprechende Finanzierung aus. Das Postulat soll in der Kulturfinanzierung mehr Transparenz und Sicherheit schaffen, damit sich die Gemeinden, die Kulturinstitute und die Kulturschaffenden auch in angespannter Finanzlage auf eine transparente und berechenbare kantonale Kulturpolitik verlassen können. Dieses Postulat sollte in Zusammenhang gebracht werden mit einer neuen Trägerschaft für das Opernhaus.